DENK´ MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 23 | Vereinszeitschrift | Dezember 2017

Wilhelm Dietl
Bad Kötzting

Was erwartet uns 2018 ?

Möglicherweise habt Ihr das nicht mehr so genau im Gedächtnis, was ich Anfang des Jahres gesagt habe. Ich möchte es jetzt nicht unbedingt testen. Ich habe gesagt, dass es immer schwieriger wird, Prognosen für die Zukunft zu ändern, weil alles so unerwartet passiert und sich keiner mehr an die bislang gewohnten Spielregeln halten mag. Erstens kommt es anders, und zweitens, na Ihr wisst schon.....

Das erinnert mich an die Geschichte mit dem Schimpansen und dem Bananenbär. Es gibt keinen Bananenbären? Einverstanden, aber solche Spitzfindigkeiten würden jetzt unsere Parabel stören. Den Schimpansen brauchen wir, weil er eine Prognose machen kann. Wären da zwei Schimpansen, dann würde der eine den anderen ablenken, sobald er die Banane im Käfig entdeckt hat. Er würde so lange angestrengt in eine andere Richtung gucken, bis der andere Schimpanse auf die Finte hereinfällt, und natürlich abgelenkt ist. Dann würde sich der Schlauere die Banane schnappen und verspeisen. Der aktivere Schimpanse wusste, dass es so kommt. Seine Prognose ging auf.

Kommt der Bananenbär. Er ist dumm und nicht politikfähig, nur an den Bananen interessiert. Etwas anderes will er nicht. Der Schimpanse weiß, wenn sich der Bär bewegt, dann hat er eine Banane entdeckt. Seine Prognose verschafft dem Affen einen Vorsprung. Die eine Banane ist näher bei ihm. Die gehört ihm sowieso, und die andere entdeckt er, weil der Bananenbär losrennt. Er hat also gute Chancen, in beiden Fällen zu siegen. Umgekehrt zieht der Bär immer den Kürzeren, da er zum Verhalten des Schimpansen keine Prognose abgeben kann. Wer die Zukunft erkennt, ist eindeutig im Vorteil. Schon eine saubere Prognose

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Peter Orzechowski
München

Israels Sicht der Welt

Kommentar zu einem Vortrag im Aktionskreis für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft (AKWPW)

Es sind immer wieder interessante und anregende Abende, wenn der Aktionskreis für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu einem Vortrag oder einem Podium einlädt. Auch am 4. Oktober durfte man im Konferenzsaal des Bayerischen Landtags Spannendes erwarten:

Angekündigt war ein Vortrag von Dr. Dan Schueftan, Direktor National Security Studies Center, Universität Haifa, zum Thema „Die strategische Situation Israels und der EU in Anbetracht der aktuellen weltpolitischen Lage“.

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Inhalt: **Seite**

„Was erwartet uns 2018?“, W. Dietl 1
„Israels Sicht der Welt“, P. Orzechowski 1
„Big Data in der Gesellschaft und Politik “, W. Dietl 6
„Höchste Zeit für ein Umdenken in Politik und Landwirtschaft“, Mona Harun-Mahdavi 9
„Elektromobilität - die große Ökolüge“, K.-H. Nagel 10
„Bericht aus dem Bustan Club“, S. Harun-Mahdavi 12
„Bericht vom Tag der Menschenrechte 2017- ai-Ingolstadt“, Der Vorstand 13
„Menschen auf der Flucht“, Jürgen Micksch 13
„Weihnachtsgruß“, Der Vorstand 20
Über den Herausgeber 20
Impressum 20

Wahlen allein machen noch keine Demokratie.
Barak Obama (US Präsident v. 2009-2017)

„Israels Sicht von der Welt....."
Fortsetzung von Seite 1

Schueftan ist in der Tat ein wichtiger Entscheider im Nahen Osten. Er ist Direktor des "National Security Studies Center" der Universität von Haifa (Israel) und Direktor ihres "International Graduate Program in National Security". Er war – und das ist wichtig, wenn wir Schueftans Einfluss einschätzen wollen – von 2012 bis 2014 "visiting professor" an der Georgetown University in Washington DC und Vortragender am IDF National Defense College in Tel Aviv.

Auch aufgrund seiner Verbindungen nach Washington war er die letzten vier Jahrzehnte Berater der obersten israelischen Entscheidungsträger und der wichtigsten Akteure der israelischen Regierung (u.a. Premierminister Yitzhak Rabin und Ariel Sharon), des Militärs und der Nachrichtendienste.
Dr. Schueftan zählt zu den besten Kennern der israelischen Geheimdienste und hat eingehend über die aktuelle politische Geschichte des Nahen Ostens geschrieben und veröffentlicht, u.a. das Buch "Palestinians in Israel -The Arab Minority and the Jewish State". Kurzum: Sein Wort hat Gewicht in der israelischen Regierung und bei deren amerikanischen Gesprächspartnern.

Seine langjährige Erfahrung und sein umfassendes Wissen über die Situation in Israel und im Nahen Osten machen ihn auch zu einem regelmäßigen Gesprächspartner der höchsten politischen und sicherheitsrelevanten Entscheidungsträger Deutschlands. Diese Informationen über Dr. Schueftan stammen übrigens vom Aktionskreis selbst.

Aber warum erwähne ich das alles? Weil nach dem Vortrag klar geworden ist, wie Israels Entscheidungsträger – Schueftan hat bestimmt nicht seine Privatmeinung zum Besten gegeben – die Welt um sich herum wahrnehmen. Demnach sind die arabischen Nachbarn für Israel „Barbaren". Sie verstünden nur eine klare Sprache, die bis zum Einsatz von Waffen gilt. Für Israel habe sich seit dem so genannten Arabischen Frühling die Sicherheitslage kaum verändert. Immer noch sehe sich das Land von vielen Seiten bedroht.
Daher sei für Israel der wichtigste Staat auf Erden die USA. Nur die USA garantierten Israels Sicherheit. Der Rest der Welt ist geteilt zwischen denen, die Israel unterstützen – wie etwa Deutschland, und denen, vor denen man auf der Hut sein muss, weil sie Israel nicht unterstützen. Die Bevölkerung Israels habe sich an die permanente Kriegsgefahr gewöhnt, wie sich die Kalifornier an die Erdbebengefahr gewöhnt hätten.

Ein klarer Standpunkt ohne Rücksicht auf political correctness. Das war durchaus erfrischend. Aber warum hat der Veranstalter nicht die Chance genutzt und dieser klaren Kante von Dr. Schueftan eine ebenso klare Kante eines palästinensischen oder arabischen Gegenparts gegenübergestellt?

Erst wenn wir beide Seiten sehen, ergibt sich ein komplettes Bild.
„Audiatur et altera pars" heißt der Grundsatz im Journalismus, „es muss immer auch die andere Seite gehört werden". Parteinahme für eine Seite ist nichts Ehrenrühriges. Wenn ich aber informieren will, dann ist eine ausschließliche und einseitige Parteinahme nicht zielführend. Dann ist es eher Propaganda. Aber vielleicht plant ja der Veranstalter einen Abend mit einem Vertreter der arabischen Seite. Hoffentlich wieder ohne Rücksicht auf political correctness. ******

In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.
Egon Bahr (dt. Politiker, 1922-2015)

„Was erwartet uns 2018.....“
Fortsetzung von Seite 1

hilft beim Siegen. Das gilt auch 2018.

Dann gibt es noch Journalisten und Politiker. Ein Journalist, das hat Karl Kraus gesagt, ist einer der nachher alles vorher gewusst hat. Er scheidet aber aus unserem Spiel aus, weil er nie einen Fehler zugibt. Da ist der Politiker vernünftiger, aber auch nur wenn er nicht mehr anders kann.

Sehen wir uns einige Beispiele aus beiden Lagern an, und definieren wir die Akteure einfach als kluge und weitsichtige Menschen. Schon 1947 gab es in Hamburg einen Wirtschaftssenator namens Karl Schiller. Er wurde nach der Dauer des Wiederaufbaus gefragt. Schiller ging von 80 Jahren aus. Hans Magnus Enzensberger, auch einer der Klügeren, wurde 1973 befragt. Der Philosoph sagte China „die besten Chancen für das ökologische Überleben des Menschen“ voraus. Enzensberger wörtlich: „Der sparsame Umgang mit den Ressourcen der Natur ist ein wesentlicher Bestandteil der chinesischen Kultur.“

Bei der SPD gab es einen Technologie-Vordenker, der schon 1956 auf einem Parteitag vorhersagte, bald werde es Atomtriebwerke für Flugzeuge geben. Ich habe ein Zitat gefunden. Das geht so: „Ein vielleicht noch nicht ganz gelöstes Problem ist die Sicherung der Bewohner in den Dörfern oder Städten bei einem eventuellen Absturz.“

Gegen die Atom-Euphorie war keiner gefeit. Ernst Bloch, im Osten wie im Westen Deutschlands zu seiner Zeit hoch angesehen, dozierte in seinem Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ gleichfallsüber die Atonkraft: „Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“ Dafür strafte ihn der Historiker Joachim Radkau in seinem lesenswerten Buch „Geschichte der Zukunft“ mit folgenden Worten: „Bloch schätzte nicht nur Karl Marx, sondern auch Karl May.“

Der Höhepunkt der technologischen Schwarzseherei war übrigens in den 80er Jahren erreicht. Der Autor Bruce Nussbaum sagte Deutschland voraus, es verpasse den Trend zur Mikroelektronik und zur Biotechnik. Sofort meldete sich der SPIEGEL mit einer Titelgeschichte „Deutsche Industrie – verschlafen wir die Zukunft?“ Und Konrad Seitz, der Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, legte noch eins drauf.

Europa, schrieb er, werde „in weniger als 20 Jahren zur technologischen Kolonie Japans“.

Ich denke, wir sind uns einig, dass man mit der Hellseherei, wie sie sich gerade zum Jahresende durch alle Medien zieht, ganz schön auf die Nase fallen kann. Auch dann, wenn nur vermeintlich seriöse Quellen zitiert werden. Es ist schick geworden, die Situation der Welt in den Jahren 2030 oder gar 2050 zu beschreiben. Was wissen wir darüber? Eigentlich nicht mehr als die Jahreszahl.

Was hätte uns die Regierung Kohl 1985 über heute sagen können? Über die Illusion eines „Arabischen Frühlings“, einem unübersehbaren Ansturm von Flüchtlingen, bei denen immer mehr dem Hunger und immer weniger dem Krieg entkommen wollen. Über fast 30 Jahre Wiedervereinigung, Wikipedia, Facebook, Youtube, Instagram, WhatsApp, oder einfach nur Twitter und eMail, 3-D-Drucker und Google. Was hätten Kohl oder sein Zukunftsminister, der mit der Fliege, zu Riester-Rente und Rürup oder Hartz 4 gesagt?

Noch mal ein Anlauf. Schäferbäck, Du hast fünf Kilo Kuchen und zehn Gäste. In 20 Jahren kannst Du, laut einer Prognose, sechs Kilo Kuchen bieten - für neun Gäste. Werden dann die Kuchenstücke größer oder kleiner als heute sein? Größer natürlich.

Wirtschaftswachstum, selbst wenn es ins Stottern kommt, verschafft allen mehr Waren und Dienstleistungen bei sinkender Bevölkerungszahl. Warum sollten also Renten und Sozialleistungen sinken, sobald das Volk schrumpft. Noch nimmt die Wirtschaftsleistung zu. Stagniert sie bei sinkender Bevölkerung bleibt trotzdem für jeden mehr übrig. Der Störfaktor dieser Zukunftsprognosen sind jene, die sich ein zu großes Stück vom Kuchen nehmen. Umverteilung gegen Demografie.

Jetzt habe ich lange genug um Gnade gebettelt, weil ich einfach nicht weiß, wie 2018 die Bundesregierung aussieht, ob wir überhaupt eine haben werden. Ich weiß nicht, ob es Ende 2018 die EU noch gibt, wie wir sie kennen, und ob der Alptraum Trump dann noch im Weißen Haus sein Unwesen treibt. Niemand weiß, wie im Frühjahr die Wahlen in Italien ausgehen, und wieviele Prozent die CSU im Herbst bekommen wird. Vor einigen Jahrzehnten wäre es noch möglich gewesen, solche Dinge mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorauszusagen.

Trotzdem begebe ich mich auf das Eis, weil es mich einfach reizt, einige Voraussagen zu treffen. Dieser Beitrag heißt ja schließlich „***Was erwartet uns 2018?***“.

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg.
Mahatma Gandhi (indischer Revolutionär, 1869-1948)

„Was erwartet uns 2018.....“
Fortsetzung von Seite 3

Seit gestern hat Österreich eine neue Regierung, halb bürgerlich, halb rechtsextrem. Populistisch ist ein verharmlosendes Wort.

In Wien erlebt man hautnah den Trend, der Europa erfasst hat, und dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Ich nenne es eine Mischung aus „jungen Helden“ und rechten Ideologen.

Auch Frankreich hat einen jungen Helden, Emmanuel Macron, dessen Zukunft am Erfolg seiner längst überfälligen Reformen hängt, und der die rechten Ideologen nur solange auf Abstand halten kann, wie er seine Schonzeit nutzt. Die Italiener entscheiden sich vielleicht auch für einen jungen Helden, für Matteo Renzi. Der 31jährige Sebastian Kurz in Wien ist klar. In Holland sitzt Geert Wilders in den Startlöchern.

Bei unserer letzten Bundestagswahl gab es auch einen jungen Helden – Christian Lindner. Er hat sich selbst demontiert. Das sagt noch nichts. Junge Helden kommen meistens wieder, weil sie eine ganze Weile jung sind. Stichwort Gutenberg.

Das bringt uns zu Markus Söder. Ob er noch unter diese Rubrik fällt, weiß ich nicht. Dafür ist er der alten Garde zu ähnlich.

Aus ihren Reihen rekrutieren sich die Auslaufmodelle, die sogenannten Parteipolitiker. Die heißen so, weil sie sich noch mit ihren Parteien identifizieren, und keinen hyperpersonalisierten Machtkampf betreiben.
Die etablierten Parteien verlieren laufend Wähler, weil diese sich den jungen Helden zuwenden – junge Heldinnen stecken derzeit eher in einer Krise -, und den neuen Parteien der Unzufriedenen. Eine Konstellation, gefährlicher als zur Gründungszeit der Grünen. Bei ihnen ahnte man schon, dass sie zum Establishment überlaufen würden, sobald sie sich von ihren Fahrrädern trennen und die Fahrbereitschaft des Bundestages benutzen würden.
Beim Rundumblick auf Europa sollten wir die eher gefährlichen Autokraten nicht vergessen. Es sind keine jungen Helden mehr, auch wenn sie sich so fühlen. Sie sind autoritär, populär, skrupellos, haben keinen Sinn für das Ganze. Nur die eigenen Interessen zählen, und die ihrer ganz persönlichen Wähler. Der neueste Spielführer in Prag heißt Andrej Babis, eine tschechische Kreuzung von Berlusconi und Trump. Er hat, laut Forbes, 3,4 Milliarden Dollar Vermögen angehäuft und wird trotzdem von der Staatsanwaltschaft verfolgt, weil er Fördergelder der EU zu Unrecht eingesteckt und als Finanzminister bei der Steuer betrogen haben soll. Babis will Autobahnen und schnelle Zugstrecken bauen, die ohnehin erfolgreiche Wirtschaft pushen – und die Ausländer fernhalten. Er wird ab morgen einer Minderheitsregierung vorstehen, würde wenn notwendig auch die Kommunisten in die Regierung holen.
Seine Nachbar-Kollegen sind nicht so pittoresk, aber nicht minder gefährlich für die sichere Zukunft Europas.

Victor Orban in Ungarn und Jaroslav Kaczynski in Warschau, Robert Fico in Bratislava. Sie haben gemeinsam, dass sie die EU ablehnen und weitgehend von EU-Geldern leben, dass sie keinen Flüchtling auf ihrem Territorium sehen wollen, statt sozialen Wohnungen neue Gefängnisse und hohe Zäune errichten. Die aktuellen Führer des Ostens werden dafür sorgen, dass Europa in zwei Teile zerbricht. Mindestens.
Die Frage, ob sich Österreich zum Osten gesellen wird, ist noch zu klären. Historisch wäre es mehr als logisch.
Angesichts der fortgeschrittenen Zeilen, gibt es jetzt nur Donald Trump für Fortgeschrittene. Der Präsidenten-Darsteller passt nahtlos zu den gerade genannten Volksvertretern. Die vielen Parallelen kann ich gar nicht aufzählen. Er ist vielleicht der Aktivste, wenn es um die Zerstörung der bestehenden Weltordnung und der Ordnung geht, die seine Vorgänger aufgebaut haben. Stichwort Krankenversicherung und Bürgerrechte. Seine Macht ist größer als die aller regionalen, osteuropäischen Trumps. In seinem ersten Amtsjahr hat er auf dem Pfad der Legislative nichts erreicht.
Nach der Winterpause hofft er deshalb auf Deals mit Umfaller-Demokraten. Die Republikaner haben sich längst an ihn gewöhnt, und die Demokraten werden nachziehen. Nichts ist der politischen Mehrheit

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.
John F. Kennedy (US Präsident, 1917-1963)

„Was erwartet uns 2018.....“
Fortsetzung von Seite 4

parteiübergreifend wichtiger als die Macht. Um ihre Mandate in Washington zu sichern, lassen sie sich zunehmend mit Trump ein. Dabei interessiert nicht, dass Trump den Rückzug der USA aus Asien eingeleitet und die globale Führungsrolle abgegeben hat.
Sein Interesse an Europa und der Nato ist mäßig.
Lieber würde er mit Nordkorea und dem Iran Krieg führen.

Dabei wird der Choleriker von seinem Zorn auf vermeintliche Terroristen-Staaten und von seinem eigenen Unwissen getrieben. Sein tägliches Verhalten zeigt, dass er beratungsresistent sein muß.
Das moralisch höher stehende Washington lugt auf den 25. Verfassungszusatz. Er sieht die Absetzung eines Präsidenten vor, der nicht in der Lage ist, seinem verantwortungsvollen Amt gerecht zu werden sowie wegen „schwerer Verbrechen und Vergehen“. Wenn Trump psychologisch und politisch noch instabiler würde, dann könnte der 25. Verfassungszusatz greifen. Mittelbar würde das auch die zahlreichen Lobbyisten beseitigen, die mittlerweile von der Trump-Regierung Besitz ergriffen haben.
Namhafte amerikanische Trump-Gegner raten für 2018 zu vier dringenden Maßnahmen, um die Würde des Präsidenten-Amtes wieder herzustellen und den inneren Frieden zu bewahren:
Trump am Twittern hindern. Politik sieht anders aus.
Artikel I, Absatz 8 der amerikanischen Verfassung verlangt, dass der Kongress über Kriegserklärungen entscheidet. Das muß auch Trump gesagt werden.
Ein Angriff auf Iran oder Nordkorea muß mit dem UN-Sicherheitsrat abgestimmt sein. Ein solches Vorgehen hätte in den letzten beiden Jahrzehnten verheerende Kriege verhindert, Millionen Menschenleben gerettet, Billionen an Steuergeldern gespart.
Eine langfristige Verfassungsreform würde einen solchen Exzess verhindern, wie ihn Trump jeden Tag vorführt. Die USA müssten den Parlamentarismus stärken oder eine Mischlösung wie in Frankreich schaffen.
Ob dies alles von 2018 zu erwarten ist, fällt unter die Grauzone des neuen Jahres. Es hängt auch sehr stark von den Mid-Term-Wahlen der USA im Sommer ab. Sollten die Demokraten ihre alte Führungsrolle zurückholen, dann wäre sie endlich in der Lage, entschiedener zu handeln.

Was steht uns sonst bevor?

2018 wird ein Jahr der unglücklichen Jahrestage: In Stichworten!

-400 Jahre Dreißigjähriger Krieg in Europa.
-Vor genau 100 Jahren das Ende des Ersten Weltkriegs, die Machtübernahme der Kommunisten in Russland und der Mord an den Romanows in Jekaterinburg.
-Mord an Martin Luther King in Memphis im April 1968.
-Mord an Robert Kennedy im Juni 1968 in Los Angeles.

Andere wichtige Ereignisse:

* Im Februar finden die Olympischen Winterspiele in Südkorea statt, im Juni die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland.

* Im März wird sich Putin erneut für sechs Jahre zum Präsidenten von Russland wählen lassen, im Februar Raul Castro als Präsident von Kuba abtreten.

* Der Krieg in Syrien dürfte im Sommer 2018 vollkommen enden, einer neuer heftiger Krieg in wenigen Monaten in Afghanistan ausbrechen. Die afghanische Regierung und ihre globalen Verbündeten, werden ihn wie üblich gegen die Islamisten verlieren.

* Eine Erinnerung an eine völlig entgegengesetzte Welt ist der 200. Geburtstag von Karl Marx.

* Und schließlich wird „Stille Nacht“ im Dezember 2018 ganze 200 Jahre alt. Josef Mohr und Franz-Xaver Gruber hießen die Urheber. Mal sehen, ob es zum Medien-Hype reicht. ******

Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.

Bertold Brecht (dt. Dramatiker, 1898-1956)

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Wilhelm Dietl
Cham

Big Data in der Gesellschaft und Politik, Fake News, Bots und Psychometrie

Vergewaltigung ist eine Kriegswaffe, selbst dann, wenn sie nicht stattgefunden hat. Fangen wir mit einem Fall an, den inzwischen jeder kennt – den Fall Lisa. Er hat im Jahr 2016 die allzu enge Welt der Russlanddeutschen erschüttert. Der Fall Lisa hat gezeigt, wie eine ganz banale Geschichte, eine, die jeden Tag passiert, zuerst zur Verschwörungstheorie und dann zur Staatsaffäre werden kann, zur internationalen politischen Auseinandersetzung.

Eine einfache Zusammenfassung: Die 16jährige Lisa kam über Nacht nicht nach Hause. Am nächsten Tag tischte sie ihren aufgeregten Eltern die Notlüge auf, sie sei von „Südländern“ festgehalten und vergewaltigt worden. Das fiel auf fruchtbaren Boden, weil die Spätaussiedler aus Putins Reich die neuen Flüchtlinge in Deutschland strikt ablehnen. Ein russischer Journalist erfuhr von Lisa und löste mit seinem emotionalen Artikel eine Lawine aus.

Am Ende gerieten sich sogar die Außenminister aus Moskau und Berlin in die Haare, wurde die EU-Kommission bemüht. Dann stellte sich heraus, dass Lisa bei ihrem 19jährigen Freund übernachtet hatte, und dies den Eltern nicht beichten wollte. Da war die Geschichte längst zum Selbstläufer geworden. Die aufgebrachten Ost-Emigranten zogen pöbelnd durch Berliner Straßen und forderten Maßnahmen gegen die gerade angekommenen Nahost-Emigranten. Die Ermittlungsergebnisse der Berliner Polizei wollten sie nicht akzeptieren. Damit solle doch alles nur vertuscht werden. Die Wahrheit wurde zu vermeintlichen Fake News, die Lüge zur falschen Wahrheit. Vermutlich glauben viele aus diesem Milieu heute noch nicht, dass Lisa alles erfunden hat. Weil sie es nicht glauben wollen, da es nicht in ihr Denken passt, und weil es so eine gute Steilvorlage gegen die Asylanten ist.

Nachdem der Fall Lisa für die Hass-Fraktion so gut gelaufen war, meldeten sich aus dem ganzen Land Nachahmer. Auf Facebook stand im Januar 2017 zu lesen, dass eine 17jährige im oberbayerischen Mühldorf durch einen Asylbewerber brutal vergewaltigt worden war. „Was hat dieses Monster diesem Mädchen angetan?“, lautete die Frage im Internet. Die bayerische Polizei ermittelte und deckte eine „Falschmeldung“ auf. In leuchtendem Rot bedeckte dieses Wort schließlich den falschen Alarm. Gegen die Verfasserin wurde ein Verfahren wegen des Verdachts der Vortäuschung einer Straftat und der Volksverhetzung eingeleitet.

Kurz nachdem das Panzergrenadierbataillon 122 der Bundeswehr zu Manöverzwecken nach Rukla in Litauen ausgerückt war, wurden Politiker, Sicherheitsbehörden und Medien im Baltikum die Information zugespielt, ein deutscher Soldat habe ein litauisches Mädchen vergewaltigt. Ihr könnt es euch schon denken. Auch das war frei erfunden – von den Gegnern des Nato-Engagements an Russlands Grenze.

Fake News gab es immer, und doch wurden sie noch nie so aggressiv und massiv eingesetzt wie heute. Früher hießen sie ganz simpel Falschmeldungen. Sie wurden in großem Stil von Geheimdiensten organisiert und den Medien untergeschoben.

Die Immunschwäche-Krankheit Aids, so eine der berühmtesten „aktiven Maßnahmen“ des sowjetischen Geheimdienstes KGB, sei in amerikanischen Militär-Labors gezüchtet worden, um Homosexuelle und Menschen aus ärmeren Schichten zu töten. Ausgerechnet ein Ostberliner Biologe bestätigte das Gerücht und verriet zusätzlich Details. Das Virus stamme aus Fort Detrick und sei zuerst an schwarzen Häftlingen getestet worden. Das geschah Mitte der 80er Jahre. Obwohl die Menschheit mittlerweile über Aids und seine erste Übertragung vom Tier zum Menschen aufgeklärt ist, hält sich die Story immer noch in sturen anti-amerikanischen Zirkeln, für die das Wort des Philosophen Georg Christoph Lichtenberg gilt: „Die gefährlichsten Unwahrheiten sind Wahrheiten, mäßig entstellt.“ Das heißt, einige Komponenten stimmen und haben Wiedererkennungswert, und der Rest ist pure Lüge.

1990/91 marschierten die Iraker im benachbarten Kuwait ein. Weinend berichtete eine junge Kuwaiterin den amerikanischen Medien, dass sie als Krankenschwester gearbeitet habe und dabei unfreiwillig Zeugin von Kriegsverbrechen geworden sei.

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen! Bertrand Russel

„Big Data in der Gesellschaft u. Politik ....“
Fortsetzung von Seite 6

Die Soldaten des irakischen Diktators Saddam Hussein hätten das Hospital überfallen, Frühgeburten aus den Brutkästen gerissen und sie einfach sterben lassen. Eine Welle der Empörung schwappte um die Welt. Die Kriegskoalition der Guten verstärkte ihre Bemühungen, den Irak aus dem Emirat zurückzudrängen. Erst viel später wurde bekannt, dass die Zeugin in Wirklichkeit die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington gewesen war, dass sie nie in einem Krankenhaus gearbeitet hatte, und alles von einer US-Werbeagentur frei erfunden worden war.

Immer wieder werden völkerrechtlich unzulässige Angriffskriege von Fake News ausgelöst oder mindestens beschleunigt. Ein Lügner verschaffte den USA 2003 eine Begründung für den Einmarsch im Irak, als er detailliert über angeblich vorhandene Massenvernichtungswaffen fantasierte. 2008 behauptete die russische Führung, die kleine Kaukasus-Republik Georgien habe einen Völkermord an dem Volk der Osseten begangen. Also marschierte die russische Armee in Südossetien ein. 2014/15 wiederholte sich das Szenario auf der Krim und in der Ostukraine. Russische Soldaten besetzten die Gebiete, weil sie angeblich ihre dortigen Landsleute schützen mussten. Solche Beispiele gäbe es noch viele.

Vor einigen Jahrzehnten liefen derartige Aktionen primitiv und handwerklich angreifbar durch Medien und Mundpropaganda. Heute spielt sich beinahe alles in den endlosen Weiten des Internets ab. Anonyme Hacker, der Westen vermutet sie im Osten, dringen in die Computersysteme von Regierungen, Parteien, Abgeordneten ein und verbreiten gefälschte Informationen, um damit Bürger, Politik und am Ende Wahlen zu manipulieren. Im deutschen Verfassungsschutzbericht von 2016 steht geschrieben: „Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 könnten auch deutsche Parteien oder Politiker das Ziel russischer Einflußnahme werden.“ Die Prophezeiung trat nicht ein. Ein zu hoher Prozentsatz der deutschen Wähler wählte ohnehin falsch. Da musste keiner von außen nachhelfen.

Es reichen auch die erkennbaren Aktionen der unheimlichen Hacker. Amerikanische Behörden glauben, beweisen zu können, dass die Polittäter das Gefühlsleben der US-Wähler beim schicksalhaften Votum zugunsten von Donald Trump beeinflusst haben. Der Cyberkrieg hat auf breiter Front begonnen. Eine Hackergruppe, die als APT 28 bekannt wurde, attackierte das Clinton-Lager in den USA, aber auch den Deutschen Bundestag und die CDU. Sie infizierten deren Rechner, legten sie lahm, manipulierten sie nach Bedarf.

Eine der neuen Waffen des Cyberkrieges sind die sogenannten Social Bots. Hier handelt es sich um eine Software, die Menschen imitiert und überall in den sogenannten sozialen Medien existiert. Diese social bots, gerade werden sie als kleine Roboter dargestellt, verbreiten massenhaft Argumente, auch erfundene. Sie greifen die Gegenseite mit abstrusen, vernebelnden, auch falschen Fakten an, wollen heute die politische Meinungsbildung und morgen das Kaufverhalten beeinflussen.

Ihre Präsenz bei Twitter und Facebook, Instagram und Snapchat ist hoch emotional, schafft Stimmung und Manipulation. Eine Software, mit der 10 000 Twitter Accounts gesteuert werden, soll längst nicht mehr als 500 Dollar kosten. Unter den 13 Millionen Anhängern des Twitter-vernarrten Trump befinden sich angeblich mehrere Millionen Bots, die für die flächendeckende Verbreitung der wirren Botschaften sorgen. Sie tarnen sich mit Fotos von zumeist attraktiven jungen Damen und mit erfundenen Profilen.

Überaus fleißig arbeiten sie Tag und Nacht an ihrem programmierten Ziel. Ein Twitter-Konto namens girl 4 Trump postete zwischen dem 24. Januar und dem 21. Februar 2016 nicht weniger als 35 000 Tweets. Das sind 1227 am Tag. In der Ukraine wurde ein Bots Network aufgedeckt, das aus 15 000 Twitter Accounts bestand. Alle zusammen produzierten täglich bis zu 60 000 Infos. Die künstlichen „Freunde“ wussten ganz genau, wie sie die Aufmerksamkeit der männlichen ukrainischen Jugend wecken konnten. Mit Fußball-Berichten, schlüpfrigen Witzen und illegalen amerikanischen Kinofilmen.

Auf dieser Grundlage lassen sich dann ganz leicht extreme politische Inhalte transportieren. Der unbefangene Empfänger denkt, dass er sich im Trend befindet und einer großen Gemeinschaft Gleichgesinnter angehört. In wenigen Fällen merken die Adressaten, dass sie gesteuert werden. Wenn am Ende auch noch die Politik auf den Druck der manipulierten Massen reagiert, dann haben die Hintermänner/Hinterfrauen wenigstens ein wichtiges Etappen-Ziel erreicht.

Beispiel: Der Grünen-Politikerin Renate Künast wurde ein Zitat in den Mund gelegt. Nach dem Mord an einer Studentin in Freiburg soll sie gesagt haben: „Der traumatisierte junge Flüchtling hat zwar getötet, man muß ihm aber jetzt trotzdem helfen.“ Der Satz ist in dieser Diktion erfunden. Trotzdem dachten 35 Prozent der Teilnehmer einer Umfrage, er sei glaubwürdig. Nur 25 Prozent der Befragten zweifelte daran. Man

Fortsetzung weiter auf Seite 8

Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!

Schiller

„Big Data in der Gesellschaft u. Politik ....“
Fortsetzung von Seite 7

nehme einen Politikersatz, reduziere ihn auf eine Kerninformation und reichere diese mit einer neuen Tendenz an. Die politische Waffe wirkt, und sie wirkt sich vor allem auf den Wähler aus. Beim jüngsten bundesdeutschen Wahlkampf haben die Parteien angeblich vereinbart, auf social bots zu verzichten.

Zweites Beispiel: Anfang des Jahres beschrieb das erfahrenste deutsche Blatt, was Falschmeldungen betrifft, über eine kleine Invasion arabisch aussehender junger Männer in der Freßgass, einer populären Meile in der Frankfurter Innenstadt, die sich dieser Zweckbestimmung verschrieben hat. Die bereits angetrunkenen Fremdländer sollen nun Frauen belästigt, Mäntel gestohlen, Schaden angerichtet haben. „Bild“ zitierte einen angeblich betroffenen Wirt und eine mutmaßlich bedrängte Frau.

Nun ermittelt die Frankfurter Polizei gegen die beiden, da es keinerlei Zeugen für den Vorfall gibt, und dieser wohl nicht stattgefunden hat. Schweren Herzens entschuldigte sich das Massenblatt bei seinen Lesern: „Mit Bedauern muß die Redaktion feststellen, dass die wiedergegebenen Aussagen und Anschuldigungen gänzlich haltlos sind.“ Ein viel zu seltenes Statement, weil deutsche Medien falsche Behauptungen in der Regel nicht zurücknehmen oder sich gar dafür entschuldigen. Ich weiß, wovon ich spreche.

„Was erst einmal in der Welt ist, bleibt offenbar auch langfristig und robust dort“, stellte Professor Ralf Hohlfeld vom Passauer Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaften bei der Vorstellung einer Studie über die Wahrnehmung von Falschmeldungen fest. Leider allzu wahr.

Wer sich mit diesen Zusammenhängen beschäftigt, muß weitere Begriffe kennen, um die wir uns noch nicht gekümmert haben. Big Data ist so einer. Hier handelt es sich um gewaltige Datensätze aus dem Internet, gerne aus dem Fundus der sogenannten sozialen Medien, die zentral gesammelt und ausgewertet werden. Damit läßt sich Rasterfahndung betreiben, aber auch Konsumforschung. Der Mensch wird zum gläsernen Objekt. Derselbe Mensch übrigens, der sich vor wenigen Jahren noch gegen die eher harmlose Volkszählung gewehrt hat.

Nächster Begriff: Algorithmus. Ein weithin unbekanntes Wesen, von dem alle sprechen, aber jeder mit einer anderen Vorstellung. Der Algorithmus, habe ich nachgelesen, unterstützt die Maschine und will Ordnung reinbringen. Er registriert beispielsweise die Emotionen und Vorlieben des Menschen und versucht ihm auf diese Weise auf die Schliche zu kommen. Algorithmen werten Likes aus, die ein Nutzer auf Facebook hinterlässt. Wenn genügend Likes vorliegen, dann entsteht ein komplexes Bild. Die Maschine weiß am Ende mehr über den Menschen als der andere Mensch, zu dem er sich hingezogen fühlt. Eigentlich gibt es mir schon zu denken, wenn mir Amazon oder eBay Angebote mit schönen Dingen schickt, die mich in der Vergangenheit schon mehrfach interessiert haben. Toll, denke ich, die kennen mich. Das ist am Ende das zivile, freundliche Gesicht der maschinellen Analytiker. Wehe, wenn sie losgelassen.

Stichwort Facebook. Nehmen wir dieses Phänomen stellvertretend für die ganze Branche. Facebook ist ein Gigant, der pro Minute über eine halbe Million Texte und über hunderttausend Bilder hochlädt. Seine Erfolgsstatistik verzeichnet 200 Millionen Nutzer. Es hat mich immer schon befremdet, dass die Hintermänner/Hinterfrauen von Facebook jeden nackten Busen gnadenlos von ihren Seiten verbannen, mit den Auschwitz-Leugnern und den Autokraten der Welt aber geradezu Langmut demonstrieren. Übelste Hass-Kommentare treffen auf Toleranz und werden bislang nur nach höchstrichterlichen Beschlüssen gelöscht. Da gab es doch diesen syrischen Flüchtling, der sich zusammen mit Angela Merkel auf einem Selfie verewigt hatte. Er war von seiner Umgebung heftig angefeindet worden. Der Syrer zog gegen Facebook vor Gericht – und scheiterte.

In dem Urteil des Landgerichts Würzburg vom März 2017 heißt es wörtlich: „Im Rahmen der mündlichen Urteilsbegründung wurde ausgeführt, dass das Internetportal Facebook weder Täter noch Teilnehmer der hier unstreitigen Verleumdungen sei. Damit liege weder ein `Behaupten´noch ein `Verbreiten´durch Facebook selbst vor ... Es handele sich somit um fremde Inhalte der Nutzer des Portals.“

So kann man es auch ausdrücken, wird aber mit einem neuen Gesetz aus dem Berliner Justizministerium kollidieren. Minister Heiko Maas will hohe Strafen androhen lassen, wenn Facebook etc. weiterhin sorglos mit Hass-Mails und falschen Behauptungen umgeht, und diese schweren Verstöße nicht sofort löscht. Das Hate-Speech-Gesetz wurde Ende Juni verabschiedet und tritt in diesem Monat in Kraft.

Beispiel: Im vergangenen Wahlkampf tauchte auf Facebook die Behauptung auf, der SPD-Kanzlerkandidat Schulz – Ihr erinnert euch – soll KZ-Wärter in Mauthausen gewesen sein. Eine ganz klare Verleumdung, wie schon der Vergleich der Vornamen zeigt. In Mauthausen gab es einen Karl Schulz. Der Vater des Kandidaten hieß aber Albert. Und das ist nur ein Fakt zu seiner Entlastung.

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Dankbare Menschen sind wie fruchtbare Felder; Sie geben das Empfangene zehnfach zurück!
August von Kotzebue

„Big Data in der Gesellschaft u. Politik ....“
Fortsetzung von Seite 8

Bislang hat das Facebook nicht interessiert. Künftig wird es ein Anliegen sein, fake news und permanent strafbare Inhalte – Stichwort Auschwitzlüge – fernzuhalten. Die kalifornischen Dienstleister setzen seit kurzem Fact-Checker ein. Für Firmen wie Arvato oder das Recherche-Netzwerk Correktiv prüfen 7500 Zensoren alle relevanten Texte und entfernen konfliktbeladene Stoffe. Ein schwieriger Job, der von Psychologen und Traumaexperten begleitet werden soll.

Wer leistet sonst noch Widerstand? Erst einmal die Geheimdienste und das Militär. Cyberwar ist das Zauberwort für eine neue Wachstumsindustrie. Die Militärs bekommen hohe Budgets und immer weiteres Personal zur Verfügung gestellt. Mit an vorderster Front findet sich das Kölner Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Ein Blick über die Grenze, nach Tschechien, zeigt, dass man auch dort nicht schläft. Prag schießt mit schweren Geschützen gegen Internet-Täter. Anfang des Jahres entstand beim Innenministerium ein „Zentrum gegen Terrorismus und hybride Gefahren“. Es wird europaweit als Musterprojekt gelobt.

Was kann nun der Einzelne tun, um sich zu schützen? Eine Studie der Universiät Oxford kommt zu dem klaren Ergebnis, dass vor allem junge Leute die sozialen Medien als hauptsächliche Quelle von Nachrichten betrachten. Meistens wissen sie aber nicht, woher die Meldung kommt, wer sie verbreitet hat und ob sie überhaupt stimmt. Das bringt uns zu der Erkenntnis, dass die Vermittlung von Medienkompetenz ein Grundanliegen der Bildungspolitik sein muß. Auch an das digitale Zeitalter sollte jeder behutsam herangeführt werden.

Ihr solltet in der Lage sein, durch einfache Checks und durch generelles Wissen Fake News zu erkennen.

Ihr solltet euch damit befassen, von wem die Nachricht kommt. Bei sozialen Medien: Wie lange besteht der Twitter- oder Facebook-Account bereits und wie viele Follower gibt es? Ein fehlendes Impressum oder eine geringe Follower-Zahl weisen auf mangelnde Seriosität hin.

Ihr solltet den URL-Check machen. Nachahmende, leicht veränderte Internet-Adressen bekannter Medienseiten sind ein Hinweis auf zweifelhafte Urheber. Die URL also auf verfremdende Zusätze wie Bindestrich oder abweichende Endungen (Domain) prüfen.

Ihr solltet den Quellen-Check im Auge behalten. Berichten auch andere Medien über diese „Fakten“? Wird von seriösen oder bekannten Webseiten auf diesen Bericht verlinkt? Werden Quellenangaben geliefert und sind diese überprüfbar? Falls ja, spricht dies für die Richtigkeit der Inhalte.

Schließlich der Qualitäts-Check: Ist der Text professionell geschrieben? Ist die Schreibe im Nachrichtenstil oder subjektiv gehalten? Gibt es Tipp- oder Grammatikfehler oder tote Links? Sind die Überschriften übertrieben effektvoll? Amateurhafte Texte und Layouts deuten auf Falschmeldungen hin.

Last but not least der Bilder-Check: Auch Fotos können verfälscht werden, durch Fotomontagen, andere Bildausschnitte. Bei der Kombination mehrerer Bilder können sich die Lichtverhältnisse ändern. Auch ein fehlender Kontext sollte auffallen. Ein Foto läßt sich ganz schnell durch einen Screenshot und den anschließenden Vergleich in einer Suchmaschine prüfen.

Diese praktischen Tipps wurden in ihren Grundzügen von der ZEIT und Facebook erarbeitet. ******

Mona Harun-Mahdavi
http://visiorama-news.blogspot.de/
München

Höchste Zeit für ein Umdenken in der Forschung und Landwirtschaft

Thema 1:

Kluge Pflanzen - oder wenn die Wissenschaft wertvolles Wissen abschafft

Forscher im Bereich der Landwirtschaft haben die wunderbaren Fähigkeiten zur Selbsthilfe bei Nutzpflanzen durch Überzüchtung und Gentechnik bereits völlig und unwiderruflich zerstört.

Z.B. hatte die Maispflanze einst die Fähigkeit sich bei einem Angriff durch die Maiswurzelbohrer (Käfer) selbst zu helfen. Sie hatte die kluge Eigenschaft ein bestimmtes Gas auszuströmen, das wiederum Fadenwürmer anlockte, die die Schädlingslarven der Maiswurzelbohrer auf natürlich Art bekämpften.

Diese natürliche, kluge Eigenschaft zur Selbsthilfe der Maispflanze ist gänzlich verloren gegangen.

Heute wird stattdessen mit hochgiftigen Pestiziden gearbeitet die unzählige und unvorhersehbare Nebenwirkung mit sich bringen.

Der Schaden für Umwelt und Mensch ist dabei enorm.

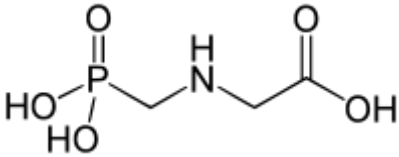
Fortsetzung weiter auf Seite 10

Politik ist nur der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.
Dieter Hilebrandt (dt. Kabarettist, 1927-2013)

„Höchste Zeit .....“
Fortsetzung von Seite 9

Wenn Forscher gegen die Schöpfung spielen müssen sie damit rechnen, dass sie dabei verlieren. Und alle anderen mit ihnen. Wer kann das verantworten? Wachsamkeit gegenüber der Forschung ist angesagt.

Thema 2:
Glyphosat & Co.



Das hoch umstrittene Unkrautvernichtungsmittel und mit großer Wahrscheinlichkeit krebserregende Glyphosat wird weiter in der Agrarwirtschaft benutzt. Dank der EU-Kommission wird die Zulassung des Pestizids um weitere fünf Jahre verlängert.
Glyphosat ist laut Krebsagentur der Weltgesundheitsorganisation (IARC) "wahrscheinlich krebserregend für Menschen". In Deutschland und weltweit ist es das meist verwendete Pestizid. Es ist eine Katastrophe, sowohl für die menschliche Gesundheit, als auch für die biologische Vielfalt.

Glyphosat: Behörden geben zu, Tumorraten nicht dokumentiert zu haben
In seiner Stellungnahme vom 11.7.2017 kritisiert Dr. Peter Clausing (PAN Germany Vorstand) die vom Bundesinstitut für Risikobewertung gemachten Aussagen in der BfR-Mitteilung "Glyphosat: EFSA und ECHA antworten Christopher Portier" vom 6.7.2017.
In der genannten Mitteilung behauptet das BfR (Bundesamt für Risikobewertung), die an der Neubewertung von Glyphosat beteiligten europäischen Behörden EFSA und ECHA hätten klargestellt, dass sie „basierend auf den transparenten Bewertungsverfahren“ keine Tumorbefunde übersehen hätten.

EFSA und ECHA mussten jedoch zugeben, dass 7 der 8 von Professor Christopher Portier beschriebenen Tumoreffekte in den Behördenberichten keine Erwähnung fanden.

Link:
http://www.pan-germany.org/download/PAN%20Stellungnahme%20Glyphosat%20170711_F.pdf

Karl-Heinz Nagel
Gstadt am Chiemsee

Elektromobilität!!! - Die große Ökolüge

In diesen Tagen, im Zeichen der „Jamaika“-Verhandlungen und der Weltklimakonferenz in Bonn sind die Themen Schutz der Umwelt, Abschaffen der Verbrennungsmotore oder Kohleausstieg in den Medien aktueller als in normalen Zeiten.
Auf politischer Ebene wird sogar vom Abschaffen mancher „Schwachsinnsideen“ in diesem Zusammenhang gestänkert.

Bleiben wir zunächst bei der Elektromobilität.

Erster Schritt: Probefahrt mit einem E-Automobil. Die Gelegenheit ergab sich bei einer Präsentation verschiedener Elektroautos in der Nähe von Prien. Es waren überwiegend Modelle aus dem sog. Klein- bis untere Mittelklasse-Segment.
Unvoreingenommen nahm ich als Fahrer meinen Platz ein und war positiv beeindruckt von der angenehmen, geräuscharmen Fortbewegung, ohne Schalten einfach die Geschwindigkeit mit dem sog. „Gaspedal“ zu regulieren (Fahrzeug Renault ZOE).
Leistung 88 PS, Höchstgeschwindigkeit 135 km/h, Ladezeit Standard 6 – 9 h, Preis ab 20.000 €, Kfz-Steuer 0,00 €, Batteriemiete ab 79 € monatlich, Kosten pro Batterieladung 5,50 €. Kosten für die Installation einer Batterieladestation siehe nachfolgende

	kW / A Anschluss	km Strecke in 1 Stunde geladen	Investition
privat	2,3 / 10 3,0 / 13	11 km 14 km	Nichts ca. 50 Euro
privat	11 / 16 CEE 22 / 32 CEE	51 km 98 km	ca. 50 – 200 Euro
öffentlich	3,7 / 16 Typ2 / 1~ 7,4 / 32 Typ2 / 1~ 11 / 16 Typ2 / 3~ 22 / 32 Typ2 / 3~	16 km 33 km 51 km 98 km	Wallbox 700 – 2.000 Euro Säule ab 8.000 Euro
öffentlich	43 AC, 50 DC Schnellladung	über 200 km	Ab 30.000 Euro

Tabelle:
Obb. Volksblatt 19./20. Okt. 2016

Sofort wäre ich bereit, ein solches Fahrzeug als Zweitwagen für Einkäufe und Besorgungen im Einzugsbereich von ca. 30 – 50 km zu erwerben.

Dann aber kamen meine Fragen an den Verkäufer:

Fortsetzung weiter auf Seite 11

Die Menschen glauben das gern, was sie wünschen!
Julius Caesar

„Elektromobilität .....“
Fortsetzung von Seite 10

1. Anschaffungspreis? - Zu teuer, da zusätzliche Kosten für Batterieleasing in Höhe von 80 € monatlich, denn ein nach ca. 6 – 8 Jahren fälliger neuer Batteriesatz kostet einige Tausender.
2. Wie beeinflussen die Wetterverhältnisse die Reichweite? Winterzeit bedeutet Heizung, Scheibenwischer, Scheibenheizung an – Reichweite halbiert!

Was geschieht, wenn z.B. Arbeitnehmer täglich zum ca. 30 – 40 km entfernten Arbeitsplatz mit dem E-Auto fahren. Angenommen an einer Schule mit ca. 30 – 40 Lehrkräften müßte eine entsprechende Anzahl an Ladestationen verfügbar sein. Wer installiert diese und wann wäre dieses Ziel erreicht?
Also kann die Elektromobilität nur für einen kleinen Kreis der Verkehrsteilnehmer geeignet sein: Hausfrauen zum Einkaufen oder um die Kinder zum Kindergarten/Schule und zurück zu bringen und kleine Spazierfahrten für Rentner etc.
Darum: Nur bei kurzen Strecken in innerstädtischen Ballungszentren o.ä. haben Elektroautos ein Potential und können den öffentlichen Verkehr ergänzen. Aber im ländlichen Raum – bei den weiteren Distanzen, die Pendler und Gewerbetreibende täglich zurücklegen. werden die fossilen Brennstoffe unverzichtbar bleiben.
Vorstellbar wäre ein Einsatz der E-Mobilität bei den Taxis und den post- und paketausfahrenden Betrieben. Vielleicht einmal in naher Zukunft bei Schul- und Nahverkehrsbussen.

Reichen die Leistungen unserer Kraftwerke, wenn die Vorstellungen der „Grünen“, die Verbrennungsmotore bis zum Jahr 2030 abzuschaffen, verwirklicht werden?
Messungen des ADAC unter Realbedingungen haben ergeben, daß die kleinen E-Autos zwischen 21 und 27 kWh Strom pro 100 km verbrauchen. Nun fahren aber nicht alle Menschen Kleinwagen, sondern in diesem Segment sind es nur ca. 28 Prozent aller zugelassener Autos.
Der Energieverbrauch von Mittel- und Kompaktklassewagen liegt rund 35 Prozent über dem Verbrauch von Kleinwagen.
Ein durchschnittliches E-Auto würde somit pro 100 km 25 kW mal 1,35 verbrauchen. Multipliziert man diese Zahl mit der Anzahl der pro Jahr in Deutschland zurückgelegten Kilometer (725,8 Milliarden), so erhält man einen zusätzlichen Energiebedarf von 250.000.000.000 kWh elektrische Energie im Jahr. Das würde bei 8760 Stunden im Jahr eine zusätzliche Kraftwerkleistung von 28 Gigawatt erfordern.
Ist das viel oder wenig? Laut Fraunhofer Institut werden derzeit pro Woche 40 – 60 Gigawatt Strom aus allen Energiequellen erzeugt – aus sog. Erneuerbaren Energien stammen davon im Schnitt 33 Prozent. Zwei Drittel des Stroms werden immer noch konventionell erzeugt.
Wenn wir unterstellen, daß die Autofahrer nicht nur bei Sonne und Wind fahren wollen, müssten wir die aktuelle Kraftwerksleistung aus Öl, Gas, Braun- und Steinkohle glatt verdoppeln, um alle E-Autos versorgen zu können. Zusätzlich müßten viele neue Leitungen verlegt werden. Von den Schwachsinnsideenproduzenten hat das offensichtlich noch keiner gemerkt.
Riesige Energiemengen werden außerdem bei der Herstellung der Batterien benötigt.
Es gibt eine Untersuchung von Professor Spicker, derzufolge bei einer CO_2-Well-to-Wheel-Betrachtung das E-Auto um den Faktor 1,6 schlechter ist als ein Verbrenner.
Der massenhafte Durchbruch der Elektromobilität wäre auch eine Zerreißprobe für unser Stromnetz. Würden Parkhäuser, Tiefgaragen großer Wohnblocks mit simplen Standardladesteckdosen ausgerüstet, wäre der Blackout vorprogrammiert. Für ein Stromnetz, das Millionen E-Autos mit Ladestrom versorgen könnte, fehlt noch jede Grundlage.
Auch das Herzstück des Elektromobils – die Batterie – muß hergestellt werden. Dabei werden erhebliche Energiemengen eingesetzt und damit erhöht sich die Negativbilanz um einen weiteren Faktor.
Zur Herstellung der Batterien werden die Rohstoffe Lithium und Kobalt in großen Mengen benötigt, deren Abbau in Südamerika, im Süden Afrikas und in Asien unter großem Aufwand und auch dem Einsatz von Kindern als Arbeitskräfte betrieben wird.
Wer Elektromobilist werden will, sollte sich auch mit den physikalischen Gesetzen und Zwängen auseinandersetzen, die hinter der Steckdose herrschen, denn die Versorgungsleitungen sind beim Ladevorgang erhöhten Belastungen ausgesetzt.
Warum rät Norwegen vom Kauf weiterer Elektrofahrzeuge ab?
Der Grund: In Norwegen sind 1300 kommunale

Fortsetzung weiter auf Seite 12

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!
Benjamin Franklin

„Elektromobilität .....“
Fortsetzung von Seite 11

Ladestationen für 80.000 Elektrofahrzeuge zu wenig. In Deutschland gibt es inzwischen 11.000 Ladesäulen, darunter weniger als 600 Schnellladestationen.
Erforderlich wären aber 70.000 Ladepunkte, wenn das Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen im Jahr 2020 erreicht werden sollte.
Welche Motorisierung könnte in Zukunft unseren Verkehr antreiben? Aus naturwissenschaftlicher Sicht sollte es ein abgasunschädliches Antriebskonzept sein. Was wäre idealer als den Wasserstoff im Explosionsmotor einzusetzen? Wasserstoff und Sauerstoff der Luft als Gemisch explodieren im Verbrennungsmotor und verbrennen zu Wasser, welches als Wasserdampf den Auspuff verlässt. Wasserstoff ($2H_2$) und Sauerstoff (O_2) verbinden sich zu Wasser ($2H_2O$), d.h. 4 Atome Wasserstoff und 2 Atome Sauerstoff verbinden sich zu 2 Molekülen Wasser. Dabei entsteht eine große Energiemenge.
Warum findet diese umweltfreundlichste Fortbewegungsenergie keine Anwendung?
Wasserstoff kann durch Elektrolyse mit Solarstrom gewonnen werden; dabei entsteht als „Abfallprodukt“ Sauerstoff. Das Problem ist der Transport und das Betanken mit dem hochexplosiven Gas (leichter als Helium und Ursache der Zeppelinkatastrophe in New York). Es gibt aber die Möglichkeit, Wasserstoffgas zu verflüssigen oder einzufrieren, jedoch mit hohem technischen Aufwand, ganz zu schweigen von der Explosionsgefahr bei einem Verkehrsunfall.
Auch auf diesem Gebiet wird jedoch geforscht, und ich hoffe, daß ich noch zu meinen Lebzeiten den Wasserstoffantrieb erleben darf.
Der Öko-Pionier Christian Walter wünscht sich die Abkehr vom Erdöl, das er als Energieträger abschaffen will, auch wenn dieser wichtigste Rohstoff der Welt in unzähligen Alltagsprodukten in der chemischen Industrie Verwendung findet.
Der Energieträger Wasserstoff wird wegen seines Potentials bereits als „Erdöl der Zukunft“ bezeichnet. Es gibt bereits Anlagen, in welchen das Wasserstoffgas an Öl gebunden wird und bei Bedarf wieder daraus gewonnen werden kann. So könnte ein CO_2-freies Energiesystem entstehen.
Freuen wir uns darauf! Jedoch sollten wir nicht vergessen, dass mit einfachen Verordnungen der Spritverbrauch und damit der Ausstoß der Abgase um ca. ein Drittel zu senken wäre:
Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen 120 km/h und auf Landstraßen 90 km/h.
Wiedereinführung der sog. „Grünen Welle“ in unseren Städten, denn der Ampelstop und der Wiederstart mit Beschleunigung fördert besonders hohe Abgaswerte.
Wer hat die „Grüne Welle“ vor Jahren in unseren Städten abgeschafft?
Es waren die Schwachsinnsideenproduzenten.

Quellennachweis:
Spiegel 34/43 2017, ADAC-Motorwelt, Handelsblatt, Chiemgau-Zeitung, Wirtschaftswoche 47, 10.11.2017. ******

S. Harun-Mahdavi
München

Bericht aus dem Bustan Club

Seit der letzten Ausgabe im Juli hat der Bustan Club das zweite Sommerfest mit großem Erfolg und Zuspruch auf Seiten der Mitglieder und Clubfreunde organisieren können.
Das als Familienfest gedachte große Club-Ereignis für Jung und Alt im Crowns Club war begleitet von Spiel, Spaß und einer Menge Musik.
Kulinarisch wurden die Gäste vom Team des Pars-Restaurants betreut. Die Veranstaltung wurde Wetterbedingt um 22 Uhr zum Ende geführt, ansonsten wären die Gäste sicherlich noch weit über Mitternacht geblieben. Ein Zeichen dafür, daß das Bustan-Team eine gute Arbeit geleistet hat.
Sehr erfolgreich war auch der 2. Bustan Business Club Event im Emporio Armani Caffe. Der Zuspruch war auch hier überwältigend.
Im September wurde noch eine weitere Vortragsveranstaltung unter dem Motto „Embargos, Sanktionen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft“ abgehalten. Henriette Mark, Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Bank in München und Süd-Bayern eröffnete den Teilnehmern einen tiefen Einblick in das Thema Embargo und Sanktionen im Bankenbereich für die hier lebenden iranischstämmigen Mitbürger.
Diese sind tatsächlich auch teilweise persönlich betroffen, da ihnen die Eröffnung von Bankkonten entweder von vornherein verwehrt wird, oder aufgrund monetärer Kontakte mit ihrer Heimat bereits bestehende Konten gekündigt werden.
Daher wird sich der Vorstand des Vereins L&LL mit städtischen Behörden zusammensetzen um beispielsweise eine Lösung für die zahlreichen iranischen Studenten, die derzeit in München studieren, herauszuarbeiten, damit diese auch hier Zahlungen empfangen oder einfache Konten für Mietzahlungen etc. führen können.
Wir werden später nochmal darüber berichten.

"Alles, was gegen die Natur ist, hat auf die Dauer keinen Bestand."

Charles Darwin

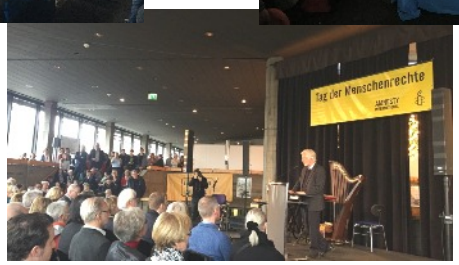
Der Vorstand
München

20 Jahre Tag der Menschenrechte Ingolstadt

Auch in diesem Jahr nahm der Verein Leben und Leben Lassen auf Einladung von Frau Gudrun Rihl an der alljährlichen Veranstaltung der ai-Ingolstadt Teil.

Die Rede des Referenten Dr. Jürgen Micksch war zum Thema „Menschen auf der Flucht“, das Tehma des Tages, war so allumfassend, daß die Redaktion beschlossen hat mit freundlicher Erlaubnis des Referenten diese Rede vollständig hier Abzudrucken.

Hier noch einige Bilder von der wie immer sehr erfolgreichen Veranstaltung.



Rede von **Jürgen Micksch** im Stadttheater Ingolstadt zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2017

Menschen auf der Flucht – eine Jahrhundertaufgabe

Menschenrechte werden weltweit täglich auf vielfältige Weise verletzt. Jeden Tag und besonders am Tag der Menschenrechte ist zu betonen, dass Verletzungen von Menschenrechten nicht hingenommen werden dürfen. In Deutschland haben wir dabei gegenwärtig vor allem über die Behandlung von Flüchtlingen, rassistische Verhaltensweisen, Ungleichbehandlungen und die Auswirkungen von Gefährdungen der Umwelt zu reden.

Diese Themen haben einen inneren Zusammenhang. So hängt die verbreitete Abwehrhaltung gegen Menschen auf der Flucht eng mit rassistischen Einstellungen zusammen. Sie sind Ausdruck einer Befürwortung der Ungleichbehandlung von Menschen. Nur wenige wollen, dass Flüchtlingen die gleichen Menschenrechte gewährt werden. Und wir profitieren ökonomisch von industriell produzierten billigen Produkten aus Ländern, deren Umwelt durch Monokulturen und Pestizide zerstört wird, in denen Menschen dadurch die Lebensgrundlage entzogen wird und die deswegen verarmen und zur Flucht gezwungen werden.

Vor zwei Jahren haben wir in Deutschland eine Erfahrung gemacht, die weltweit ziemlich einmalig war. Angesichts der Toten im Mittelmeer und der Not von Menschen an den europäischen Außengrenzen entwickelte sich eine sogenannte „Willkommenskultur“. Das hat zum positiven Ansehen von Deutschland beigetragen. Kaum jemand konnte das erklären: Aber es war das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung, an der Tausende von Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden, amnesty-Aktivisten, Gewerkschaftsgruppen und kommunalen Arbeitsgemeinschaften ihren Anteil hatten. Und diese vielen Menschen sind in ihren Einstellungen und Aktivitäten auch heute

Fortsetzung weiter auf Seite 14

Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr zu finden.
Bertold Brecht (dt. Dramatiker, 1898-1956)

„Menschen auf der Flucht....."
Fortsetzung von Seite 13

weiterhin aktiv. Das ist sicherlich eine der erfreulichsten Entwicklungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Mitte der achtziger Jahre war die Situation noch völlig anders: Damals gab es hier in Bayern Bürgerwehren, die verhinderten, dass Flüchtlinge in den Kommunen aufgenommen werden. Es gab weder Kirchen noch Wohlfahrtorganisationen oder Gewerkschaften, die sich für diese Menschen einsetzten. Das war der Grund dafür, dass ich 1986 mit anderen zusammen die Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL gründete.

Damals habe ich das hautnah erlebt. Gerade einmal 10 Flüchtlinge kamen nach Tutzing am Starnberger See. Der Ort stand Kopf. Es gab eine Unterschriftensammlung gegen ihre Aufnahme. Man sprach von Überfremdung. Damals habe ich Flüchtlinge und die Bevölkerung in die Evangelische Akademie eingeladen, in der ich tätig war. Ich wurde als „Verräter" beschimpft. In der überfüllten Veranstaltung existierte eine feindliche Stimmung mit Ausdrücken wie „Scheinasylanten". Die Menschen konnten kaum beruhigt werden. Und als dann ein palästinensischer Junge seine Hose hochzog und auf das durchschossene Knie zeigte, da hat sich die Stimmung schlagartig verändert. Es wurde eine Arbeitsgruppe für Flüchtlinge eingerichtet, Sprachkurse gebildet, den am Rande von Tutzing untergebrachten Flüchtlingen wurden Fahrräder besorgt und die Atmosphäre im Ort wurde grundlegend anders. Unsere Arbeitsgruppe hatte damals 20 Mitglieder – heute sind es in Tutzing über 300 Aktive. Diese Initiativen und das große Engagement vieler Kommunen haben dazu beigetragen, dass die Aufnahme von sehr viel mehr Flüchtlingen im Jahr 2015 insgesamt gelungen ist.

Bei den Älteren von uns kamen damals Erinnerungen an frühere Zeiten hoch, die vergessen oder verdrängt waren und in denen Deutschland in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeit noch viel mehr Flüchtlinge aufgenommen hat. Im Februar 1945 habe ich mit meiner Schwester, Mutter und Oma in langen Flüchtlingsschlangen die eingekesselte Stadt Breslau verlassen. Bombenabwürfe gehörten zu meinen ersten Erinnerungen. Als vierjähriger Junge war ich davon begeistert, wie gut die tief fliegenden Flugzeuge zu sehen waren und dass sie etwas abwarfen, was dann auch noch explodierte. Als wir dann durch den russischen Belagerungsring liefen, da wurde auf uns geschossen. Eine Kugel zischte nah an meinem Kopf vorbei und traf eine ältere Frau, die auf einem Leiterwagen saß. Sie wurde einfach in den Graben gelegt und wir gingen weiter – das habe ich damals nicht verstanden. Beim Kriegsende lebten wir in der Tschechoslowakei auf einem eingezäunten Sportplatz im Freien. Als meine Mutter erfuhr, dass Österreicher das Lager verlassen konnten, da schrieb sie unsere Namen in den österreichischen Pass eines Freundes, den sie bei sich hatte. Als Familie Paulmüller wurden wir dann in einer alten Schule in Niederösterreich untergebracht. Früh am Morgen wurde ich zum Klauen in das von Stacheldraht eingezäunte russische Vorratslager geschickt – meine Mutter versuchte sich wohl eher selbst zu beruhigen, wenn sie mir immer wieder sagte, dass Russen nicht auf Kinder schießen.

Das 20. Jahrhundert wurde als Jahrhundert der Flüchtlinge bezeichnet – vor allem durch die beiden Weltkriege. Damals waren viel mehr Menschen auf der Flucht als bei den sogenannten Völkerwanderungen.

Zum Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir nun fest: In der Geschichte der Menschheit gab es noch nie so viele Flüchtlinge. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen spricht gegenwärtig von 66 Millionen Menschen. Das sind etwa 1,2 % der Weltbevölkerung. Dieser prozentuale Anteil ist seit langem stabil. Durch die Zunahme der Weltbevölkerung werden es immer mehr.

Ursachen

Die Ursachen dafür sind vielfältig:
Kriege sind gegenwärtig die entscheidende Ursache für die Zahl von Flüchtlingen, von denen die meisten übrigens im eigenen Land oder in Nachbarländer fliehen. Sieben Jahre dauerte bisher der Krieg in Syrien mit Millionen Flüchtlingen. Millionen Flüchtlinge gab und gibt es durch die Kriege im Irak und in Afghanistan. Dazu kommen Kriege und politische Unruhen in afrikanischen Ländern wie Somalia; es gibt Diktaturen wie in Eritrea. Boko Haram hat Tausende Menschen getötet und in die Flucht getrieben.

Hunger und Armut zwingen viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen und in andere Regionen und Metropolen zu ziehen. Das gilt auch besonders für afrikanische Länder.

Die *Klimaerwärmung* trägt dazu bei, dass der Meeresspiegel ansteigt und Länder wie die Inselstaaten im Pazifik, Bangladesch, Ägypten, Pakistan, Indonesien oder Thailand teilweise

Fortsetzung weiter auf Seite 15

Man muss das Gute tun, damit es in der Welt sei.
Marie von Ebner-Eschenbach (österr. Schriftstellerin 1830-1916)

„Menschen auf der Flucht.....“
Fortsetzung von Seite 14

überflutet werden. Was wir als Klimawandel bezeichnen ist für Entwicklungsländer eine Klimakatastrophe. Dazu kommen lange Dürrezeiten. Die Ressourcen überbeanspruchenden Formen des Wirtschaftens, Produzierens und Konsumierens haben Folgen für die Natur und die biologische Vielfalt. Menschen verlieren dadurch ihre Lebensgrundlagen und sind zur Flucht gezwungen.

Politische Entscheidungen für die *Überfischung der Meere* durch schwimmende Fischfabriken entziehen Menschen die Existenzgrundlage. Durch Abkommen zwischen der Europäischen Union und afrikanischen Staaten sind während der letzten 20 Jahre die wichtigsten Speisefischarten vor den Küsten Somalias und dem Senegal um 75 % geschrumpft. Dazu kommen Landraub oder subventionierte Produkte aus reichen Ländern, die in armen Regionen billig verkauft werden und dort die Existenzgrundlage von Bauern vernichten.

Alle diese Ursachen haben eine Folge: *Menschen werden zur Flucht gezwungen.* Und diese Ursachen sind so gravierend, dass sie nicht in kurzer Zeit gelöst werden können. Es wird Jahrzehnte dauern, bis es bei den Kriegen, bei der Verarmung, der Erwärmung oder der kapitalistischen Politik der reichen Industrieländer zu einem Umdenken kommt. Deshalb ist eine weiterhin hohe Zahl von Flüchtlingen absehbar. Dafür muss man kein Prophet sein. Menschen auf der Flucht sind eine zentrale Herausforderung im 21. Jahrhundert.

Politische Antworten

Die politischen Antworten darauf sind vielfältig. Zuerst ist auf die großen Leistungen von Ländern hinzuweisen, die viele Menschen auf der Flucht aufnehmen – und das sind vor allem arme Staaten und nicht die wohlhabenden Industriestaaten. Hierzu gehören Länder wie der Libanon mit 4,5 Millionen Einwohnern und einer Million Flüchtlingen – 22% der Einwohner sind dort Flüchtlinge. Oder Jordanien mit 654.000 Flüchtlingen bei sieben Millionen Einwohnern, Länder wie die Türkei mit 2.9 Millionen Flüchtlingen, Pakistan mit 1,4 Millionen, der Iran mit 979.000 oder Äthiopien mit 791.000 – jeweils nach den Zahlen des UNHCR (für 2017). Die meisten Flüchtlinge, die ihr Land verlassen, landen in den Nachbarstaaten, zumal sie meist wieder in ihr Heimatland zurück wollen. Nach wie vor leben etwa 85 % der Flüchtlinge dieser Welt in ihrer Herkunftsregion – und 50% von ihnen sind Kinder. Nur wenige kommen nach Europa (etwa 6%).

Eine große Aufnahmebereitschaft gibt es auch in Schweden, Malta, Deutschland und Kanada. Demgegenüber ist es einfach eine Schande, dass die USA unter Präsident Obama gerade einmal bereit waren, 10.000 Syrer aufzunehmen – und nicht einmal dieses Versprechen wurde eingelöst. Unter Präsident Trump sind es noch weniger. Dieses Verhalten entspricht der Politik der meisten Länder: Die Abwehrhaltung gegenüber Flüchtlingen ist verbreitet und richtet sich an Obergrenzen aus, wie sie jetzt auch in Deutschland im Gespräch sind. Als ob es Obergrenzen geben könnte, wenn Menschen um ihre Existenz kämpfen.

Die Schweizer haben in der Zeit des Nationalsozialismus ihre Grenzen gegenüber Juden, Sinti und Roma dicht gemacht. Das war mit ein Grund, warum die Genfer Flüchtlingskonvention von den meisten Ländern der Welt angenommen wurde. In dieser Flüchtlingskonvention gibt es keine Obergrenzen. Sie funktionieren auch nicht: Wo Menschen um ihr Leben kämpfen, da werden sie erfinderisch. Das haben wir in Deutschland mit der Mauer erlebt. Amerikaner erfahren das bei ihrer schon jetzt mit allen Mittel gesicherten Grenze zu Mexiko. Was Menschen auf der Flucht erreichen können sehen wir an den Flüchtlingen, die über das Mittelmeer oder die Balkanroute nach Europa kommen. Sie überwinden schwierigste Hindernisse: Flüchtlinge schaffen das. Zugleich zahlen sie einen hohen Preis für die riskanten Routen – Tausende bezahlen das mit ihrem Leben. Und das Abschottungssystem produziert die Konjunktur der Schleuser.

Perspektivenwechsel

Ein Perspektivenwechsel ist erforderlich, um diese Jahrhundertaufgabe zu bewältigen. Das wird vor allem zu einer großen Aufgabe der Zivilgesellschaft und der Kirchen. Die Politik reagiert in der Regel erst, wenn dafür in der Bevölkerung eine breite Unterstützung vorhanden ist. Die eindrucksvolle Willkommenskultur in Deutschland ist dafür ein gutes Beispiel. Sie hat dazu beigetragen, dass die Bundeskanzlerin gesagt hat: “Wir schaffen das“.

Flüchtlinge sind Botschafter für Veränderungen

Flüchtende Menschen sind Botschafter für Veränderungen. Sie machen Geschichte. Das gilt seit Jahrtausenden. Abraham war Flüchtling und prägte den Monotheismus. Moses, Jesus oder Muhammad

Fortsetzung weiter auf Seite 16

Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.
Albert Einstein (dt. Physiker1879-1955)

„Menschen auf der Flucht....."
Fortsetzung von Seite 15

hatten ihre Fluchtgeschichten. Die Ausbreitung von Religionen und neuen Erkenntnissen erfolgte durch Flüchtlinge.

Der Zusammenbruch sozialistischer Staaten ist zuerst durch Flüchtlinge angekündigt worden. Sie waren die ersten Botschafter für Veränderungen. Nun erleben wir ähnliches durch Menschen aus Syrien, dem Irak, Eritrea, Somalia oder Afghanistan. Im 21. Jahrhundert wird es zu grundlegenden Umwälzungen in vielen arabischen und afrikanischen Ländern kommen. Und Flüchtlinge werden auch Europa verändern. Dabei ist die Richtung noch offen: Flüchtlingsthemen haben die Wahlen zum Brexit bestimmt. Europa ist dadurch geschwächt worden. In Ungarn, Polen, den USA oder Österreich haben diese Themen zu einer Verstärkung des Rechtsextremismus beigetragen und auch die Wahlen zum Deutschen Bundestag verweisen in diese Richtung. In allen diesen Ländern führte diese Entwicklung zu einem Angriff auf die Menschenrechte.

Nur wenige Menschen wollen ihre Heimat verlassen. Aber sie können vielfach dort nicht überleben oder haben z.B. in Flüchtlingslagern keine Perspektive. Ihre Flucht hat Auswirkungen in ihren Herkunftsländern und kann dort auf Dauer zu einem Wandel beitragen. Denn Erfahrungen in den neuen Aufnahmeländern werden an die Menschen in den Heimatländern vermittelt und können bei den zuhause gebliebenen den Mut verstärken, sich für demokratische Veränderungen und Menschenrechte zu engagieren. Die Revolten in arabischen Ländern haben gezeigt, was viele Menschen wollen.

Was sagen uns Flüchtlinge heute?
Angesichts des Krieges in Syrien sind sie Botschafter für die über 400.000 Toten und 12 Millionen Flüchtlinge, um die sich die Weltgemeinschaft bisher wenig gekümmert hat. Erst durch die große Zahl der Flüchtlinge in Europa und den Terror des mörderischen sogenannten Islamischen Staates in Paris, Berlin oder Brüssel erhielt der Krieg eine Dimension, die dazu beitrug, dass gemeinsame Lösungen angestrebt wurden.

Flüchtlinge sind Botschafter von Menschenrechtsverletzungen. Armut zwingt Menschen zur Flucht im eigenen Land, in Nachbarländer und in die wohlhabenden Staaten. Nur wenn wir lernen zu teilen kann sich das ändern. Manche Reiche haben das inzwischen verstanden.

Die Klimaerwärmung wird zum Existenzproblem für viele Menschen und zwingt sie zur Flucht. Ein Drittel von Bangladesch wird am Ende dieses Jahrhunderts unter Wasser stehen. Die Malediven und etliche Inselstaaten werden verschwinden. Verursacht wird die Erwärmung vor allem durch die Industriestaaten, die von Flüchtlingen nun herausgefordert werden, sich auf gemeinsame Programme zu verständigen. Wie schwierig das ist zeigte erneut im letzten Monat die Klimakonferenz in Bonn.

Die Überfischung der Meere nimmt Fischern in Afrika und anderen Ländern ihre Existenzgrundlage. Hier sind weltweite Regelungen erforderlich. Ähnliches gilt für den Handel mit Lebensmitteln, die von Industriestaaten subventioniert werden und Bauern in Afrika und anderen Ländern die Existenzgrundlage entziehen. Flüchtlinge weisen auf diese Fehlentwicklungen hin.

Staatliche Grenzen haben für Flüchtlinge keine Bedeutung, denen es ums Überleben geht. Flüchtlinge tragen dazu bei, dass die bisherigen Kontrollmechanismen an Grenzen überdacht und verändert werden. Das Sterben im Mittelmeer darf uns nicht zur Ruhe kommen lassen. Das Menschenrecht auf Leben hat einen höheren Stellenwert als staatliche Grenzen.

Aufgaben

Die Erwartungen von Flüchtlingen überfordern einzelne Gruppen der Gesellschaft. Es ist jedoch eine große Dynamik möglich, wenn sich Millionen Menschen dafür engagieren. Was sind die zentralen Aufgaben in diesem Jahrhundert?

Fluchtursachen beseitigen
Eine erste Aufgabe ist die Überwindung von Fluchtursachen. Hier ist ein breites Spektrum von Aktivitäten erforderlich, von denen ich einige nenne:

-Die *Entwicklungshilfe* ist auch danach auszurichten, was sie zur Überwindung von Fluchtursachen beiträgt. Dies ist als Idee in der Politik inzwischen angekommen. Doch bei den Konsequenzen stehen wir noch am Anfang. Zwar wird gesagt, dass Entwicklungshilfe immer auch die Beseitigung von Fluchtursachen ist. Aber wenn wir uns die Weltkarte ansehen dann fällt auf, dass besonders viele Flüchtlinge aus den Ländern kommen, wohin besonders viel Entwicklungshilfe fließt. Es sind mehr selbsttragende

Fortsetzung weiter auf Seite 17

Wenn man - aus welchem Grunde auch immer - den Gürtel enger schnallen muss, muss die Gerechtigkeit größer geschrieben werden. Sonst nimmt man die Menschen nicht mit.
Egon Bahr (dt. Politiker, 1922-2015)

„Menschen auf der Flucht....."
Fortsetzung von Seite 16

Strukturen in diesen Ländern zu entwickeln.

-Unsere *Wirtschaftsweise* ist dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie z.B. durch Subventionen, Überfischung oder Waffenlieferungen in Konfliktregionen die Entstehung von Fluchtursachen bewirkt. Angesichts der sich weltweit ausbreitenden Plutokratien, also der Herrschaft von Reichen, ist das eine besonders schwierige Aufgabe.

-Die Staatengemeinschaft muss die *Kosten für die Flüchtlingsunterbringung* und Infrastruktur verlässlich übernehmen. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR ist das Existenzminimum zu sichern. Das entspricht den von den UN proklamierten Menschenrechten und würde dazu beitragen, dass Menschen nicht weiterfliehen müssen.
Entscheidend ist der effektive Zugang zu Rechten, auch wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten. Das System des Flüchtlingsschutzes sieht den "ewigen Flüchtling" nicht vor, der Jahrzehnte in Lagern lebt. Es gibt die klassischen Lösungen zur Beendigung der Flüchtlingssituation: Rückkehr bei Verbesserung der Lage, dauerhafte Integration im Aufnahmeland bis hin zur Einbürgerung, Resettlement, wenn das Erstaufnahmeland selbst anerkannten Flüchtlingen keine Perspektive bietet. Tatsächlich lebt aber ein Großteil der Flüchtlinge in dauerhaften Provisorien. Es ist nicht hinnehmbar, dass Flüchtlinge vor allem in diese Provisorien zurückgeschoben werden.

-*Partnerschaften* im Sinne von Städtepartnerschaften sind mit Kommunen in Syrien, Irak, Afghanistan, Libanon, Jordanien oder der Türkei zu entwickeln, in denen Flüchtlingslager sind und die bei ihrer schwierigen Arbeit unterstützt werden können.

-*Abrahamische oder Religiöse Teams* sind in Ländern einzurichten, durch die Dialoge gefördert werden, mit denen gegenseitige Vorurteile abgebaut werden, die oftmals Fluchtursachen sind. Wir bauen gegenwärtig vom Abrahamischen Forum in Deutschland solche Abrahamischen Teams mit Partnern in Ländern des Mittelmeeres auf. Rabbiner aus Israel haben uns vor Monaten gesagt, dass solche Abrahamischen Teams aktuell besonders dringend erforderlich sind, da Kirchen und Moscheen in ihrem Land brennen. Verschärft hat sich die Situation nun durch die Intifada. In Ägypten gibt es seit Jahren Angriffe vor allem auf Kirchen, Klöster oder Pfarrhäuser. Von den 95 Millionen Einwohnern sind etwa 10 Millionen Christen, die meisten sind orthodox und etwa 1 Million gehören zu evangelischen und katholischen Kirchen. Wenn sich die Situation durch Extremisten oder den sogenannten Islamischen Staat weiter verschlechtert, dann sind Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Die meisten von ihnen werden nach Europa fliehen, da sie auch in den USA nicht aufgenommen werden. Jüdische Menschen haben Ägypten bereits verlassen – es gibt dort noch sieben Frauen über 60 Jahren. Als ich mit der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde gesprochen habe, da sagte sie mir, wir sollten im Auge behalten, dass es den Christen in Ägypten nicht ähnlich ergeht.
Viele Muslime und Christen sind zur Zusammenarbeit bereit – wir haben inzwischen ein Abrahamisches Forum in Ägypten eingerichtet, in dem Juden, Christen, Muslime und Bahai zusammenwirken. In allen Teilen Ägyptens führen wir gegenwärtig gemeinsame Veranstaltungen durch – angesichts der Konflikte ist das eine Sensation. Und als ich nun deutsche staatliche Stellen um eine Förderung bat, da konnte ich feststellen, dass überall Stäbe zur „Bekämpfung von Fluchtursachen" eingerichtet wurden, die dieses Projekt nur gelobt haben. Aber sie haben zugleich gesagt, dass sie für solche Projekte kein Geld haben. Erfreulicherweise werden wir durch die Allianz Kulturstiftung, die Robert Bosch Stiftung, Brot für die Welt und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gefördert. Zuständige Politiker und staatliche Einrichtungen reden viel von der Bekämpfung von Fluchtursachen und veröffentlichen eindrucksvolle Bücher dazu, haben aber für konkrete Projekte in diesen Ländern offensichtlich nur wenig Geld vorgesehen.

-Wenn die Beseitigung von Fluchtursachen als zentrale politische und gesellschaftliche Herausforderung anerkannt und politisch realisiert wird, kann sich daraus eine Dynamik entwickeln, die auch Wirkungen hat. Dazu sind aber die Strukturen der Entwicklungshilfe neu auszurichten. Das wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Allerdings haben wir dafür nicht mehr lange Zeit. Politiker sollten wir beim Wort nehmen, dass sie tatsächlich „Fluchtursachen bekämpfen" und nicht die Flüchtlinge.

Die Festungsmentalität ablegen
Die Festungsmentalität in Europa und anderen Ländern ist abzulegen. Sie erschwert sachbezogene Lösungen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene.

International ist die Genfer Flüchtlingskonvention umzusetzen und weiterzuentwickeln, die mit der

Fortsetzung weiter auf Seite 18

Was zu Gunsten des Staates begonnen wird, geht oft zu Ungunsten der Welt aus.
unbekannter Verfasser

„Menschen auf der Flucht....."
Fortsetzung von Seite 17

UNO-Flüchtlingshilfe eng zusammengehört. Es ist eine Schande für die weltweite Staatengemeinschaft, dass sie nicht in der Lage ist, die Flüchtlingslager angemessen zu finanzieren. Menschen werden in diesen Lagern gegenwärtig nicht mehr ausreichend versorgt, ihre Menschenrechte werden verletzt und deshalb zur weiteren Flucht gezwungen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte spricht jedem Mensch das Recht auf angemessenen Lebensstandard zu. Dazu gehören nach der Menschenrechtserklärung eine angemessene Wohnung, Kleidung sowie Ernährung. Dazu gehört auch das Recht auf ein Zusammenleben in der Familie – das sollte bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen hohe Beachtung finden.

Wenn Flüchtlingen an den europäischen Grenzen stehen, dann werden humanistische Werte vergessen, auf die sich das gemeinsame Europa beruft. Obwohl die Menschenrechte in Europa gleichsam unantastbar sind, werden sie an den Grenzen zur Europäischen Union systematisch missachtet und insbesondere den Schutzsuchenden verweigert. Zehntausende haben an Europas Grenzen ihr Leben verloren. Zahllose Menschen sind auf dem Weg nach Europa verdurstet oder Opfer von Gewalt geworden.

Weltweit sind etwa 1 % aller Menschen Flüchtlinge. Dieser Anteil ist seit langem ähnlich. Die Unterstützung dieser Menschen muss sich in den Haushaltplänen wiederfinden. Für ihre ausreichende Versorgung ist nur ein minimaler Anteil der weltweiten Militärausgaben erforderlich, die gegenwärtig wieder erhöht werden.

Erforderlich sind auch weltweite Regelungen zur Verteilung der Flüchtlinge. Dabei sind die oft guten Gründe zu berücksichtigen, warum Flüchtlinge in ein bestimmtes Land wollen. Länder, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen, sollten dafür einen finanziellen Ausgleich von den Staaten erhalten, die weniger Flüchtlinge haben.

Europa hat sich mit Frontex immer mehr als Festung ausgebaut, obgleich nur relativ wenige Flüchtlinge nach Europa kommen. Europa muss in der Flüchtlingspolitik beginnen, seine Verpflichtungen für die Menschenrechte einzulösen. Das Sterben an den Außengrenzen muss aufhören. Die Seenotrettung darf nicht weiter behindert werden. Die Zivilgesellschaft ist zu noch mehr Aktivitäten herausgefordert, damit politisch etwas passiert.

Gedanklich orientiert man sich immer noch an Obergrenzen. Aber wo es ums Überleben geht, da gibt es keine Obergrenzen. Seit Jahrhunderten haben Menschen in solchen Situationen gelernt, Grenzen zu überwinden. Die bisherige Politik in Europa ist gescheitert. Flüchtlingsthemen sind jetzt eine Priorität – das haben die gerade stattgefundenen Gespräche der EU mit afrikanischen Staaten gezeigt.

Europa mit über 500 Millionen Menschen braucht sichere und legale Zugangswege und eine faire Verteilung von Flüchtlingen, die rechtlich zu regeln ist. Ansätze dazu gibt es. Lernprozesse sind zu respektieren – aber eine Verweigerungshaltung ist mit den europäischen Grundwerten nicht vereinbar und muss sanktioniert werden. Das gilt insbesondere auch für eine Aufnahmeverweigerung aus religiösen Gründen wie in Ungarn, Polen oder Tschechien. Allerdings sind für manche Länder Übergangsregelungen zu finden, die sich kulturell noch nicht in der Lage sehen, genügend Flüchtlinge aufzunehmen. Sie müssen dafür einen finanziellen Ausgleich an die anderen Staaten bezahlen.

Da sich Deutschland gegenüber Griechenland und Italien in der Vergangenheit bei der Flüchtlingsaufnahme hart gezeigt hat, fällt es nun schwer, faire Regelungen zu erreichen. Doch Europas friedliche Zukunft hängt auch damit zusammen, dass es hier gelingt, Kontingente für die Aufnahme zu vereinbaren und zu einer Verständigung zu kommen.

Eine nationalistische Politik hat keine Perspektive und wird dem Frieden in Europa schaden. Daher ist zu bedauern, dass die AfD auch von 15,3% der Ingolstädter in den Bundestag gewählt worden ist. Deutschland in der Mitte Europas kann sich nicht abschotten und braucht das auch nicht.

In meiner Gemeinde an der hessischen Bergstraße hatten wir 2015 eine Bürgerversammlung mit etwa 500 Teilnehmenden aus allen Schichten und Gruppen. Damals lebten dort mehrere hundert Flüchtlinge vor allem aus Syrien, für die sich über 120 ehrenamtliche Helfer engagierten. Unter dem Applaus der Gemeindeglieder hat der Landrat gesagt, dass wir noch deutlich mehr Menschen im Kreis aufnehmen können und entsprechende Reserven haben. Kurz vorher hatte er das nicht für möglich gehalten.
Bald darauf sagte mir

Fortsetzung weiter auf Seite 19

Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.
Mahatma Gandhi (indischer Revolutionär, 1869-1948)

„Menschen auf der Flucht....."
Fortsetzung von Seite 18

das gleiche der verantwortliche Dezernent von Essen im Ruhrgebiet. Sicher ist die Situation von Kreisen und Gemeinden unterschiedlich. Wir können jedoch dazulernen und haben in Deutschland ein beachtliches Potential. Politischer Aktionismus, ständig neue Gesetzesvorhaben und populistische Debatten über Obergrenzen helfen nicht weiter. Sie verstärken den Eindruck politischer Ohnmacht. Obergrenzen sind auch nicht vereinbar mit den Menschenrechten und der Genfer Flüchtlingskonvention, die Deutschland unterschrieben hat.

Viele Migranten aus afrikanischen Ländern wollen gar nicht für immer hier bleiben. Sie suchen nach zeitlich befristeten Möglichkeiten zum Geldverdienen, um sich und ihre Familie zu Hause auf eine bessere wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Das ist eine alte Tradition in westafrikanischen Ländern. Würde man ihnen eine beschränkte Anzahl von Aufenthaltsgenehmigungen ermöglichen, dann könnten davon alle Seiten profitieren. Die sogenannten Rücküberweisungen dieser Menschen in ihre Heimatländer übersteigen seit Jahren ein Mehrfaches der Internationalen Entwicklungshilfe: Jährlich fließen dadurch mehr als 32 Milliarden US-Dollar in den Süden von Afrika. Menschen müssen dann nicht mehr den gefährlichen Weg durch die Wüste und über das Mittelmeer antreten. Alles, was hier politisch nicht passiert, wird sich früher oder später in Flüchtlingszahlen niederschlagen.

Rassismus bekämpfen

Zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in Deutschland gehören die etwa 1.000 Übergriffe auf Flüchtlingswohnheime oder Flüchtlinge in jedem der letzten beiden Jahre. Das darf uns nicht zur Ruhe kommen lassen. Hier ist der Rechtsstaat gefragt und eine Verschärfung des Strafrechts bei rassistischen Motiven ist zu überprüfen. Die Zivilgesellschaft muss bei jedem rassistischen Übergriff Gesicht zeigen. Der zunehmende Rassismus und Nationalismus im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte gehört zu den großen Gefahren für Europa und Deutschland. Kampagnen wie die Interkulturelle Woche mit jährlich über 5.000 Veranstaltungen, Tage der offenen Moschee oder die von unserer Stiftung gegen Rassismus koordinierten Internationalen Wochen gegen Rassismus mit über 2.000 Veranstaltungen im März dieses Jahres benötigen eine langfristige staatliche Förderung und Ermutigung. Das gilt auch für die Veranstaltungen, zu denen Moscheegemeinden oder Flüchtlinge ihre Nachbarn einladen – durch direkte Kontakte werden Vorurteile am ehesten abgebaut. Ängste sind dort am größten, wo es keine persönlichen Beziehungen zu Flüchtlingen, Muslimen, Sinti oder Roma gibt.

Für Ingolstadt gibt es aktuell eine große Herausforderung durch das Transitlager in Ingolstadt – Manching. Ähnlich wie an anderen Orten sind direkte Kontakte zu den Menschen aus Nigeria und Afghanistan wichtig. Staatliche und kommunale Stellen sollten dabei mit der Zivilgesellschaft kooperieren.

Die Integration fördern

Die Integration der Flüchtlinge ist eine der herausragenden Aufgaben für Deutschland. Fast jeder kann dazu etwas beitragen durch Hausaufgabenhilfen, Patenschaften, berufliche Eingliederungen, Kleiderspenden, Rechtsberatungen und vieles mehr.
Die Medien sind gefordert durch die Darstellung der vielen positiven Beispiele – ihnen sollte mehr Raum gegeben werden.
Rechtliche Anpassungen sind erforderlich bei der Beschleunigung der Verfahren, bei Übergangsregelungen zur Unterbringung. Auch sind Programme für den sozialen Wohnungsbau für einkommensschwache Schichten erforderlich, denn ausreichender Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge und Arme ist eine besondere Herausforderung. Aus der Wirtschaft wird betont, dass aus demographischen Gründen die überwiegend jungen Flüchtlinge zur rechten Zeit nach Deutschland kommen. Auch wird auf wirtschaftliche Impulse durch Flüchtlinge hingewiesen: Nach Einschätzung von Ökonomen hat sich durch die Zuwanderung von Flüchtlingen das Wirtschaftswachstum in Deutschland beschleunigt.

Thesen

Abschließend möchte ich diese Gesichtspunkte in einigen kurzen Thesen zusammenfassen:

1. Flüchtlinge sind Botschafter für Menschenrechte.
2. Flüchtlinge erwarten eine globale Gerechtigkeit, zu der es gehört, dass Reiche mit Armen teilen.
3. Flüchtlinge dringen auf ein Engagement für den Frieden, der ihnen eine Rückkehr in die Heimat ermöglicht.
4. Flüchtlinge sind Zeugen dafür, dass ihnen politische Entscheidungen - wie die Überfischung der Meere, der Landraub, die Folgen der Erwärmung und der Verlust der Biodiversität - die Existenzgrundlagen entziehen.
5. Flüchtlinge sind Opfer von Waffenlieferungen in konfliktreiche Regionen.

Fortsetzung weiter auf Seite 20

Man kann den Menschen nicht auf Dauer helfen, wenn man für sie tut, was sie selbst tun können und sollten.
Abraham Lincoln (US Präsident, 1809-1865)

„Menschen auf der Flucht .....“
Fortsetzung von Seite 19

6. Flüchtlinge sind etwa 1 % der Weltbevölkerung – deshalb sollte ein entsprechender Prozentsatz in den Haushalten der Länder für die Flüchtlingsarbeit vorgesehen werden.
7. Flüchtlinge haben das Menschenrecht, dass ihnen die Weltgemeinschaft in Flüchtlings-Lagern das Existenzminimum sichert.
8. Flüchtlinge sind häufig Opfer von ethnischen und religiösen Konflikten, die durch Kooperation und Dialoge wie durch Abrahamische oder Religiöse Teams überwunden werden können.
9. Flüchtlinge wollen, dass die Menschenrechte weltweit gelten und auch in ihren Herkunftsländern praktiziert werden.
10. Flüchtlinge schaffen Veränderungen. Dafür benötigen sie Kooperationen mit der Zivilgesellschaft in den Aufnahmeländern, durch die ihnen Perspektiven für die Integration eröffnet werden. Das Motto dafür ist: „Wandel durch Kontakte“.

Menschen auf der Flucht sind eine Jahrhundertaufgabe: Wenn wir sie positiv aufgreifen, dann können wir vielleicht in einigen Jahren oder Jahrzehnten sagen, dass diese aktuell schwierige Phase zu einem Gewinn für Flüchtlinge, für unsere Bevölkerung, für Deutschland und die Menschenrechte geworden ist.

Fröhliche Weihnachten und Gutes Neues Jahr 2018

Der Verein Leben und Leben Lassen bedankt sich für ein Jahr voller neuer Erfahrungen und wünscht allen Mitgliedern und Freunden fröhliche und friedliche Weihnachten und alles erdenklich Gute für 2018.
Möge die Welt nach dem Niedergang des IS sich wieder etwas mehr in Frieden wiegen und die politischen Hintermänner baldmöglich zur Rechenschaft gezogen werden. Mögen alle Demagogen und Populisten dieser Welt sich aus der Politik zurückziehen und die Großmächte die sogenannte „Neue Weltordnung“ an Frieden orientieren. Möge Jerusalem, unabhängig von allen politischen Machenschaften, weiterhin das heilige Zentrum der drei Großen Religionen bleiben, damit den dortigen Menschen Unruhen und Tote in einem ungleichen Kampf erspart bleiben.

Ihre L&LL Redaktion

Bilderquelle: Alle in dieser Ausgabe verwendeten Bilder sind urheberrechtlich Eigentum der Redaktion oder frei nutzbare Bilder aus der Sammlung der Freien Wikipedia-Bibliothek

Impressum:
Anschrift
Elektrastraße 24, 81925 München

Herausgeber
Verein Leben & Leben Lassen –
zur Verwirklichung der Menschenrechte e.V.
Chefredakteur
Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Wilhelm Dietl
Karl-Heinz Nagel
Elisabeth Philipp
Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,
Franz-Jochen Schoeller
Peter Orzechowski
Heinrich Wälischmiller

Büroleitung
Sasan Harun-Mahdavi

Verlag D.i.E.

Über den Herausgeber:
Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.
Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.
Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über
Homepage: **www.lebenundlebenlassen.org**
E-Mail: **info@lebenundlebenlassen.org**
Tel.: **+49-89-3106999**
Fax: **+49-89-32155805**
Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52
Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.
Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.